

Die Kirche in den Ländern

Die holländischen Katholiken und die Politik

Im Mai 1954 erschien in Holland ein Hirtenbrief des niederländischen Episkopats „*Der Katholik im öffentlichen Leben unserer Zeit*“. Wir haben im vorigen Heft (S. 454) schon kurz auf ihn hingewiesen. Die nicht weniger als 48 Seiten umfassende Schrift behandelt im ersten Teil Fragen des Verhältnisses von Religion und Gesellschaft, Persönlichkeit und Organisation, Einheit und Freiheit, „offenem“ und „geschlossenem“ Katholizismus. Ein zweiter Abschnitt geht näher ein auf einzelne Fragen, wie die Bedeutung der katholischen Organisationen, die Zusammenarbeit von Standesorganisationen und Gewerkschaften, die berufsständische Ordnung, die Unentbehrlichkeit eines katholisch-sozialen Programms, die politische Einheit der Katholiken. Der letzte Teil des Briefes befaßt sich mit unchristlichen Strömungen, mit dem Liberalismus und atheistischen Humanismus, mit dem in den Niederlanden sehr regen „Bund für sexuelle Reform“, mit der kommunistischen Partei und Gewerkschaft, mit den sozialistischen Verbänden und der „Partei der Arbeit“. Die Stellungnahme der Bischöfe zu den letzten zwei Gegenständen hat in den Niederlanden nicht nur zu einer leidenschaftlichen Auseinandersetzung geführt, sondern auch ungewollt die Kluft zwischen dem katholischen Volksteil und den anderen Volksgruppen wesentlich vertieft. Auch außerhalb der Niederlande hat sie in katholischen und nicht-katholischen Kreisen wenig Anerkennung und vielen Widerspruch gefunden. Diese Kritik beruht aber oft auf Unkenntnis der gesellschaftlichen Ordnung und der Lage der Katholiken in Holland. Der Hirtenbrief soll den holländischen Katholiken als Richtschnur in den dortigen Verhältnissen dienen. Man darf ihn also nicht etwa von deutschen Verhältnissen aus beurteilen. Für eine richtige Urteilsbildung scheint uns die Kenntnis der folgenden Umstände notwendig.

Der Kampf um die Emanzipation

Nach der gesetzlichen Gleichberechtigung der Katholiken in Holland im Anfang des vorigen Jahrhunderts hat es einen jahrzehntelangen Kampf gekostet, diese Gleichberechtigung auch durchzuführen und sie in der gesellschaftlichen Struktur zum Ausdruck zu bringen. Zuerst mußte die Rückständigkeit auf geistigem und materiellem Gebiet überwunden werden, in die die zweihundertjährige Unterdrückung (und manchmal Verfolgung) den katholischen Volksteil gebracht hatte. Zugleich galt es aber, das mit der inneren Entwicklung steigende Anrecht auf eine entsprechende Anteilnahme am öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen. Die Emanzipation nach innen und nach außen ist erst in den letzten Vorkriegsjahren völlig verwirklicht worden; sie war nach außen hin nur möglich durch Machtbildung, d. h. durch Zusammenschließung in Verbänden und Organisationen, nicht zuletzt im politischen Bereich durch Parteibildung. Bald nach Kriegsende lösten sich von der „Katholieke Volks Partij“ zwei kleinere Gruppen. Die eine bildete die „Katholiek Nationale Partij“, die andere ging auf in der sozialistischen „Partij van de Arbeid“ und bildete dort eine „katholische Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei der Arbeit“

neben einer gleichen protestantischen Arbeitsgemeinschaft. Partij van de Arbeid und Katholieke Volks Partij sind ungefähr gleich groß und sind unbestritten die größten und mächtigsten der politischen Parteien.

Die Durchorganisation des holländischen Lebens

Neben den Katholiken mußten auch die anderen Konfessionen und ideologischen Gruppierungen sich in eigenen Verbänden und Organisationen zusammenschließen, sei es um ihren Einfluß zu behaupten, sei es um solchen zu gewinnen. Das ganze öffentliche Leben in den Niederlanden ist also in konfessionelle und ideologische Sektoren aufgeteilt, von denen jeder seine eigenen Organisationen hat.

So gibt es katholische, protestantische, sozialistische und „neutrale“ (d. h. meistens liberale) Parteien, Gewerkschaften, Presse, Rundfunkgesellschaften (Holland kennt keinen staatlichen Rundfunk), bis zu den eigenen Militärheimen, Gesangsvereinen und Sportverbänden.

Der Sozialismus

Die Partei der Arbeit unterscheidet sich wesentlich von der früheren Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Sie hat sich vom Marxismus völlig gelöst und nennt sich gerne die „Durchbruch“-Partei, die für Katholiken und Protestanten neben atheistischen Humanisten Platz bietet. Sie gibt in ihrem Parteiprogramm zu, „daß die Kirchen es zu ihrer Aufgabe rechnen können, für das geistige und sittliche Wohl des Volkes, in Bezug auf das politische und gesellschaftliche Leben ihr Urteil auszusprechen“. Es muß anerkannt werden, daß die Partei der Arbeit ehrlich versucht hat, die religiöse und ideologische Überzeugung ihrer Mitglieder zu respektieren. Eine positiv-christliche Politik hat sie aber nicht treiben können, schon weil sie viele nicht-christliche Mitglieder hat, deren Überzeugung ebenso respektiert werden muß.

Diese „breite“ Einstellung ist von den anderen sozialistischen Organisationen und Instituten nicht in gleichem Maße übernommen worden; die sozialistische Gewerkschaft (Nederlands Vakverbond), die sozialistische Presse, die sozialistische Rundfunkgesellschaft (VARA) haben ihre rote Färbung nur zu einem freundlichen Rosa abgeschwächt.

Überkonfessionelle Zusammenarbeit zwischen Einzelnen oder Organisationen?

Zwei Strömungen sind unter den Katholiken Hollands spürbar. Die eine will überkonfessionelle Zusammenarbeit, wo das möglich ist, ohne die katholischen Interessen und Ansprüche zu schädigen, und zwar durch eine so starke Anteilnahme der Katholiken in den allgemeinen Verbänden, daß ihre Ansichten notwendigerweise berücksichtigt werden müssen und zur Geltung kommen. Die andere will nach wie vor die Aufrechterhaltung der eigenen katholischen Verbände und von dort aus Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen. Die holländischen Bischöfe haben sich in ihrem Hirtenbrief nun eindeutig auf letzteren Standpunkt gestellt. Sie verurteilen die Mitgliedschaft in den sozialistischen Verbänden, wie dem Nederlands Vakverbond und den ihm angeschlossenen Vereinen, und ordnen an, daß der Ungehorsame von

den Sakramenten ausgeschlossen und ihm die kirchliche Beerdigung verweigert wird. Unter derselben Strafan drohung wird verboten, regelmäßig sozialistische Versammlungen zu besuchen, die sozialistische Presse zu lesen oder die „VARA“ (sozialistische Sender) zu hören.

Diese harten Maßnahmen werden damit begründet, daß die Bischöfe als Folge der Zugehörigkeit zu sozialistischen Verbänden eine zunehmende Unkirchlichkeit und Religionslosigkeit und letzten Endes also einen Verfall der sittlichen Normen befürchten. „Wenn wir auch gerne annehmen, daß man sich in sozialistischen Kreisen mehr und mehr vom Klassenkampf entfernen will, um sich mehr der materiellen und kulturellen Hebung des Arbeiters zuzuwenden, so bedeutet das noch keineswegs, daß das Streben nach Zusammenarbeit und sozialer Gerechtigkeit auf einem klaren Grundsatz beruht.“

Ein weiterer Grund für das Verbot ist, daß die Mitglieder der Verbände mitverantwortlich sind für Entschlüsse, die sie im Gewissen nicht auf sich nehmen können und dürfen. Schließlich „gibt es auf allen Gebieten katholische Organisationen, die die betreffenden Interessen wahren. In ihnen hat der Katholik seinen Ort für den Aufbau des gesellschaftlichen Lebens im christlichen Sinne“.

Die „Partei der Arbeit“

Ein eigenes Kapitel widmen die holländischen Bischöfe der Partij van de Arbeid. Sie freuen sich darüber, daß die Partei sich von den eigentlichen Postulaten des Marxismus löst, gewisse naturrechtliche Grundsätze akzeptiert und in mancher Hinsicht konstruktive Arbeit für das Gemeinwohl leistet. Aber: „vollwertige christliche Politik kann ohne christliche Prinzipien und schließlich auch ohne Einheit in diesen Prinzipien nicht existieren. Faktisch arbeitet diese Partei nicht aus einem christlichen Prinzip und kann das auch nicht tun“.

„Im Gegenteil“, meinen die Bischöfe, „von der Partei ist direkt oder indirekt ein bedeutender unchristlicher Einfluß auf das öffentliche Leben ausgegangen. Katholiken, die sich der Partei der Arbeit anschließen, unterstützen nicht nur die Partei, sondern ebnen auch den Weg für einen weiteren Anschluß der Katholiken an die sozialistischen Gewerkschaften, die sozialistische Presse und den sozialistischen Rundfunk, mit denen sie enge Beziehungen unterhält.“

„Wer geglaubt hat, er dürfe Mitglied der Partei der Arbeit werden, tut gut daran, persönlich im Gewissen zu erwägen, ob er die Verantwortung für eine solche Unterstützung tragen kann. Man kann nun einmal eine Partei nicht unterstützen und propagieren, ohne mitverantwortlich zu sein für die Tätigkeit der Partei auf politischer Ebene und für dasjenige, was sie im gesellschaftlichen Leben indirekt unterstützt und fördert.“ Die Bischöfe stellen dann fest, daß der „Durchbruch“ zur Partei der Arbeit der eigenen politischen Partei einen ebenso großen Abbruch tut, zumal der Weg von dort weiterführe zu den sozialistischen Gewerkschaften, der sozialistischen Presse und anderen Tätigkeiten im öffentlichen Leben. Die Partei biete keine Garantie für eine christliche Politik, sondern die Mitgliedschaft der Katholiken bringe im Gegenteil wegen der direkten oder indirekten Unterstützung unchristlicher Strömungen schwere Verantwortlichkeit mit sich. Sie nennen es unverantwortlich, diesen Weg zu gehen. Der Standpunkt der Bischöfe ist also klar. Daß trotzdem die Zugehörigkeit zur Partei

der Arbeit nicht mit kirchlichen Strafen bedroht wird, „ist“, sagt der Hirtenbrief, „einerseits darauf zurückzuführen, daß es sich hier um eine verhältnismäßig kleine Gruppe handelt, die sich außerdem auch ohne Sanktionen darüber klar werden kann, was die Bischöfe meinen; zum anderen aus besonderer Zurückhaltung gegenüber dem Gebrauch der politischen Freiheit und aus großer Besorgnis für das Seelenheil jener Gläubigen, die bisher unseren bischöflichen Mahnungen keine Folge geleistet haben und die, wie wir hoffen, jetzt unser Wort verstehen werden“.

Die Reaktion auf die bischöflichen Weisungen

Die nicht-katholischen Kreise Hollands, mit Ausnahme der orthodoxen Protestanten, bringen wenig Verständnis auf für den Standpunkt der Bischöfe. Das Hirtenwort wird dort allgemein als eine Rückkehr der Katholiken in die Isolierung gedeutet. Das trifft insofern nicht zu, als die Bischöfe die Zusammenarbeit mit den Sozialisten von den katholischen Verbänden aus offenlassen.

Eine Erklärung der sozialistischen Parteileitung stellt fest, daß der Hirtenbrief die Partei vor eine sehr ernste Lage stellt. Es wird befürchtet, daß der Brief mehr der politischen Macht der katholischen Partei als der Förderung des religiösen Lebens dienen wird. Schmerzlich getroffen haben sie besonders die bischöflichen Äußerungen über die unchristlichen Tendenzen in der Partei. Sie stellt dagegen fest, daß sie eine Zusammenarbeit zustande gebracht hat, die weit hinausgehe über die Antithese von Neutralität und Konfession, welche das Leben in der Vorkriegszeit kennzeichnete.

Der sozialistische Ministerpräsident Dr. Drees — Holland hat eine sozialistisch-katholische Koalitionsregierung — erklärte: „Wir wollen keinen Antiklerikalismus, wir wollen auch weiterhin konstruktive Arbeit leisten, aber dann müssen dazu die Voraussetzungen da sein. Wir sind bekümmert über das, was vor sich geht. Zuerst wegen unserer katholischen Parteigenossen und ihrer sehr schwierigen Lage, aber auch wegen der Partei. Am meisten sind wir besorgt über die Spannungen in unserem Land, die sich verschärft haben und weiter zu verschärfen scheinen, während doch die Verhältnisse seit Kriegsende und die Aussichten für die Zukunft hier soviel günstiger waren als in manchem anderen Land.“

Der Katholik Geert Ruygers, Parlamentsabgeordneter für die Partei der Arbeit, sagte im Namen der katholischen Arbeitsgemeinschaft in der Partei: „Unser Entschluß steht noch nicht fest. Die Partei hat uns nie gehindert, das zu tun, was wir als Katholiken für richtig hielten. Sie hat uns dafür immer Raum gelassen. Wir befinden uns jetzt in einem fast unlösbaren Konflikt von entgegengesetzten Verantwortlichkeiten. Einerseits ist das Hirtenwort eine Tatsache, der man als Katholik ernstlichst Rechnung tragen muß, aber wir haben auch Verantwortung der Partei gegenüber. Wir fühlen die Verantwortung für die Auswirkung, die unsere Entscheidung auf das geistige und politische Klima in unserem Land haben wird. Wir fühlen uns verantwortlich für diejenigen, die unter der Alternative Sozialismus oder Christentum gelitten haben und die dank der durch den ‚Durchbruch‘ geschaffenen Möglichkeiten auch irgendwie die Verbindung mit dem Katholizismus aufrechterhalten konnten . . . Wenn ich nach den tieferen Ursachen spüre . . ., so kann ich mich nicht dem Eindruck entziehen, daß die katholische Welt augenblicklich im Zeichen der Restauration steht. Es scheint manchmal,

als ob Holland dabei immer vorangehen muß. Das beunruhigt mich, und diese Unruhe geht viel tiefer als die Frage der politischen Verhältnisse in unserem Land.“

Der Vorstand der Katholischen Volkspartei erklärte darauf, daß die auf den Aufbau einer christlichen Gesellschaft gerichtete katholische Staats- und Gesellschaftslehre nur dann verwirklicht werden könne, wenn die Gleichgesinnten auch eine starke politische Einheit bilden. Meinungsverschiedenheiten sind dann nicht ausgeschlossen, aber sie sind leichter zu überbrücken, als wenn man in einer Partei von den am weitesten voneinander entfernten Lebensanschauungen ausgehe. Er erklärt jedoch ausdrücklich, daß das geschlossene Auftreten der Katholiken im politischen Bereich einer offenen Zusammenarbeit mit anderen Gruppen nicht im Wege steht.

Stützpunktplan für die norddeutsche Diaspora

Anlässlich der ersten Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken im April vergangenen Jahres kennzeichnete der Weihbischof von Paderborn, Dr. Franz Hengsbach, die äußere Lage der katholischen Kirche in Deutschland mit dem Stichwort Diaspora. Er nannte die Lage beunruhigend, weil sich die Voraussetzungen durch die innerdeutsche Bevölkerungsverschiebung und durch das Einströmen von sechs Millionen Flüchtlingen grundlegend geändert hätten. In Abhängigkeit von dieser statischen Diaspora entwickle sich eine dynamische, die gekennzeichnet sei durch eine Infektion des Glaubens bzw. durch Glaubensschwund bei den Katholiken, der selbst in rein katholischen Gegenden immer mehr zunehme, seine Zentren jedoch vor allem in den hochgradigen Diasporagebieten habe (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 386). Zu dem gleichen Ergebnis kommt eine Untersuchung des Katholischen Internationalen Soziologischen Instituts für Flüchtlingsfragen, einer Sektion des unseren Lesern bekannten Katholischen Instituts für kirchliche Sozialforschung (Katholiek Sociaal-Kerkelijk Instituut), der Gründung des holländischen Soziologen Prof. G. Zeegers. Die deutsche Diasporasituation hat sich ja durch die Flüchtlinge grundlegend verändert, infolgedessen gehört ihre Durchleuchtung durchaus zur Arbeit des Instituts für Flüchtlingsfragen. Das Institut für kirchliche Sozialforschung ist überhaupt der Überzeugung, daß die Frage des Priestermangels eine Frage von europäischem Ausmaß ist und nur im Rahmen einer katholischen Solidarität der europäischen Nationen gelöst werden kann. In diesem Zusammenhang hatte ja schon der Erzbischof-Koadjutor von Wien, Dr. Jachym, im vorigen Jahr von einem „europäischen Priesterplan“ gesprochen. Die Arbeit des katholischen Instituts für kirchliche Sozialforschung scheint uns ein Vorbild und Beispiel solcher europäischen katholischen Solidarität.

Die Untersuchung, die von Zeegers und B. van Leeuwen OFM durchgeführt und deren Ergebnisse in der ausgezeichneten holländischen Zeitschrift für kirchliche Soziologie „Sociaal Kompas“ unter der Überschrift „Entwurf eines Stützpunktplanes für die norddeutsche Diaspora“ (1. Jhg. Nr. 1 Mai/Juni und Nr. 2 Juli/August 1953) veröffentlicht wurden, ist dadurch bemerkenswert, daß sie ihre Ergebnisse im einzelnen genau belegt und daß sie das Fazit einer Reihe von Teiluntersuchungen darstellt, bei

denen alle Faktoren berücksichtigt werden konnten. Die Untersuchung bietet daher ein gutes Beispiel für angewandte moderne kirchliche Soziologie. Wichtiger noch ist, daß, wie schon die Überschrift erkennen läßt, nicht nur eine Analyse geboten wird, sondern diese keinen anderen Zweck verfolgt, als eine sachgemäße und dauerhafte Lösung der deutschen Diasporafrage zu finden. Im Rahmen der Untersuchung wird auch deutlich, daß unter „kirchlichem Stützpunkt“, einem Ausdruck, der in jüngster Zeit häufiger Anstoß erregte, kein politischer Terminus zu verstehen ist.

Die Verfasser des Stützpunktplanes betonen, daß ihre Vorschläge nicht mehr als ein erster Entwurf sein sollen. Worum es für sie geht, ist, daß man den Plan als solchen im Prinzip anerkennt und daß die für die Ausführung entscheidenden kirchlichen Instanzen (die im übrigen über die Arbeit dauernd auf dem laufenden gehalten werden) ihre Mitarbeit gewähren.

Ausgangslage

In einer Voruntersuchung werden zunächst die Ursachen der deutschen Diasporasituation bloßgelegt. In Stichworten lauten sie: Industrialisierung und Entwicklung der Großstädte im vergangenen Jahrhundert, absichtliche konfessionelle Vermischung durch das nazistische Regime, Krieg und Nachkriegszeit, hier besonders das Einströmen der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, wobei die kirchliche Struktur in den Städten weniger verändert wurde als auf dem flachen Land. Da Westdeutschland überwiegend protestantisch ist, kamen viele katholische Vertriebene in protestantische Gebiete. Diese Entwicklung wurde noch dadurch begünstigt, daß infolge der ablehnenden Haltung der Besatzungsmächte keine Vertriebenentransporte in die überwiegend katholische französische Zone geleitet werden durften. Auch einzelne katholische Bezirke in Rheinland-Westfalen konnten wegen ihrer dichten Besiedlung nur wenige Heimatvertriebene aufnehmen. Dennoch sind die katholischen Vertriebenen — sie machen fast die Hälfte aller Flüchtlinge aus — in ihrer Mehrzahl nicht in die Diaspora verschlagen worden (43 %).

In der kirchlichen Struktur der westdeutschen Bundesländer traten gegenüber der Vorkriegszeit nur verhältnismäßig geringe Veränderungen ein. Ein Vergleich zwischen 1939 und 1950 zeigt, daß der Anteil der Katholiken an der Bevölkerung des Bundesgebietes von 45,8 % auf 45,2 % gesunken ist, und zwar in

Nordrhein-Westfalen von 56,7 auf 54,8
Bayern von 73,1 auf 71,8
Rheinland-Pfalz von 58,3 auf 57,7
Baden (vor dem Zusammenschluß) von 72,4 auf 69,9 v. Hundert.

Demgegenüber steht eine Zunahme der Katholiken in den überwiegend protestantischen Ländern in

Schleswig-Holstein von 4,3 auf 6,0
Hamburg von 5,9 auf 6,5
Niedersachsen von 16,6 auf 18,8
Hessen von 25,9 auf 32,6
Württemberg-Baden (vor dem Zusammenschluß) von 31,8 auf 37,9 v. Hundert.

Die Veränderungen in der sowjetischen Besatzungszone sind größer. Die Zunahme der Katholiken beträgt hier bis zu 100 %.